

„Auch bei uns kann es zu einer Revolution kommen“

30 Jahre OSZE: Die Vorsitzende der Moskauer Helsinki-Gruppe, Ludmilla Alexejewa, zieht Bilanz

Am 1. August 1975 unterzeichneten 35 Staatschefs – darunter auch US-Präsident Gerald Ford und der sowjetische Generalsekretär Leonid Breschnew – im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) die Helsinki-Schlussakte. Damit verpflichteten sich Ost und West, neben der Kooperation in sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Bereichen, die Menschenrechte zu respektieren. Diese Dokumente und die KSZE (aus der die heutige OSZE hervorging) erwiesen sich als fruchtbarer Boden für die Menschenrechtsbewegung im Ostblock. Christian Weisflog sprach mit der Vorsitzenden und Mitbegründerin der Moskauer Helsinki-Gruppe (MHG), Ludmilla Alexejewa, über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der russischen Menschenrechtsbewegung und die Bedeutung der KSZE/OSZE.



Foto: Christian Weisflog

Während des Zweiten Weltkriegs meldeten Sie sich als junge Krankenschwester freiwillig zum Frontdienst, wurden aber aus Altersgründen abgewiesen. Nach dem Krieg traten Sie der Kommunistischen Partei bei. Doch nach Stalins Tod 1953 veränderte sich Ihre Einstellung zur Partei. Aus welchem Grund?

Ich hegte bereits vor Stalins Tod große Zweifel. In Zeitungen und Büchern las ich das eine, mit meinen eigenen Augen sah ich aber etwas anderes. Ich zweifelte, ob unser Land den richtigen Weg geht. Unser Weg sollte ja jener zum Kommunismus sein. Nach Stalins Tod verloren die Menschen ihre Angst, miteinander zu sprechen, und Samisdat erschien. Aus den Zweifeln erwuchs die Überzeugung, dass man etwas ändern musste.

Aber Sie traten aus der Partei aus?
Nein. Sie haben mich ausgeschlossen. Worüber ich glücklich war. Als ich in die Partei eintrat, hatte ich Zweifel. Ihre Ziele – Sozialismus, Kommunismus, Gleichheit – hielt ich jedoch alle für sehr erstrebenswert. Aber viele Leute traten der Partei nicht um deren hohe Ziele willen bei, sondern weil sie sich davon Vorteile versprochen. Ich entschied, in die Partei einzutreten und aus ihrem Inneren heraus für ihre Genesung zu kämpfen. Ich brauchte zwei Jahre, um zu begreifen, dass ich in dieser Partei zwar Karriere machen, aber sie nicht verändern konnte. Danach bezahlte ich 14 Jahre lang nur meinen Mitgliedsbeitrag und tat sonst nichts. Als ich 1977 den ersten Brief zur Unterstützung verhafteter Dissidenten unterschrieb, verlangte die Partei von mir eine Entschuldigung. Aber ich wollte mich nicht ent-

schuldigen, weil ich alles in vollem Bewusstsein tat. Daraufhin wurde ich aus der Partei ausgeschlossen und war sehr zufrieden darüber, obwohl ich meine Arbeit verlor, die ich sehr liebte.

Sie waren seit der Gründung der Moskauer Helsinki-Gruppe dabei. Wenn Sie heute Bilanz ziehen, sind Sie zufrieden mit dem Erreichten?

Mit der Arbeit der Gruppe bin ich nicht nur zufrieden. Aber es ist doch erstaunlich, dass die elf Menschen, die diese Gruppe gegründet haben – Rechtlose, wie alle anderen sowjetischen Bürger, – einen so bedeutenden Beitrag zur Weltpolitik leisten konnten. Hätte man im Land selbst nicht Menschen gefunden, welche die vollständige Einhaltung der Helsinki-Abkommen inklusive der Artikel zu den Menschenrechten eingefordert hätten, wären diese Texte von der sowjetischen Elite ignoriert worden. Und die westlichen Staatsführer hätten sich mit kleinen Zugeständnissen abgefunden. Aber es kam anders, weil sich auch im Westen Helsinki-Gruppen gründeten. Eine besondere Rolle spielte vor allem die amerikanische Helsinki-Gruppe, die von ihrer Regierung forderte, die UdSSR unter Druck zu setzen. Aber wenn es im Inneren keine öffentlichen Proteste gegeben hätte, dann hätte es keine effektiven Möglichkeiten gegeben, Druck auszuüben. Alle Forderungen gegenüber der Sowjetunion stützten sich auf die Dokumente der Moskauer Helsinki-Gruppe und anderer Gruppen. Wir machten die Verletzung sichtbar. Mit der heutigen Menschenrechtslage im postsowjetischen Raum

bin ich jedoch nicht zufrieden. Aber wenn ich zufrieden wäre, dann müsste ich in Pension gehen. Es ist meine Arbeit, mit etwas unzufrieden zu sein.

Der Helsinki-Prozess diente als politisches Instrument, um die Konfrontation zwischen Ost und West zu überwinden. Heute gibt es keinen Warschauer Pakt, keine Sowjetunion und keinen Kalten Krieg mehr. Ist die OSZE nun arbeitslos?

Ich bin überzeugt, dass die OSZE auch heute ein sehr effektives Instrument sein kann – vor allem zum Schutz der Menschenrechte in jenen Ländern, in denen es keine oder nur wenig Demokratie gibt. Bei uns gibt es eine Enklave namens Tschetschenien, in der praktisch keine Gesetze herrschen. Dort braucht es die OSZE dringend. Nicht zufällig wehrt sich Russland dagegen, dass die OSZE nach Tschetschenien zurückkehrt. Russlands Führung möchte alles verbergen, was dort passiert. Die OSZE ist aber auch die einzige Organisation, die in Ländern wie Turkmenistan oder Usbekistan etwas bewirken kann. Darum denke ich, es wäre zu früh, diese Organisation abzuschaffen. Dies wissen auch die russischen Machthaber. Deshalb wehren sie sich dagegen, dass die OSZE weiter bestehen bleibt.

Der Kreml ist der Meinung, dass die OSZE heute ein politisches Instrument des Westens ist, um in Osteuropa samtene Revolutionen zu organisieren. Ebenso heißt es, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in Russland – darunter auch Ihre – aus dem Westen finanziert werden und ebenfalls als politisches Instrument dienen. Was halten Sie von diesen Vorwürfen?

Putin hat die Moskauer Helsinki-Gruppe nie als politisches Instrument des Westens bezeichnet. Es war lediglich von „einigen Organisationen“ die Rede, Namen wurden aber keine genannt. Unsere politische Elite hat Angst, dass in Russland dasselbe geschieht wie in der Ukraine, Georgien und Kirgisien. Und ich befürchte das auch, weil es Gründe dafür gibt. Aber die Frage ist nicht, ob eine OSZE-Mission vor Ort ist oder nicht. Die Frage lautet, ob Wahlen gefälscht werden oder nicht. Und in Russland werden sie gefälscht und die Menschen wissen dies. Aber es ist natürlich viel einfacher, die Wahlen zu fälschen, wenn es keine ausländischen Wahlbeobachter gibt. Nun wurde kürzlich sogar ein Gesetz verabschiedet, dass es auch russischen zivilgesellschaftlichen Organisationen verbietet, die Wahlen zu beobachten. Aber wenn die Bürger trotzdem von den Wahlfälschungen erfahren, dann kann es auch bei uns zu einer Revolution kommen.

Denken Sie, eine Revolution ist ein realistisches Szenario für Russland?

Um eine Revolution zu verhindern, gibt es zwei Varianten. Erstens: Die Regierenden machen eine Politik, die den Bürgern gefällt. Oder zweitens: Die Bürger werden eingeschüchert und wer sich nicht ängstigt eingesperrt. Der Kreml hat leider den zweiten Weg gewählt, der früher oder später zum Kollaps führt. Ich weiß nicht wann, aber es wird passieren. Man kann seine Politik nicht auf der Angst der Menschen aufbauen, das gelingt nicht.

Sie sind Mitglied im Rat des russischen Präsidenten zur Entwicklung der Zivilgesellschaft. Wie effektiv ist die Arbeit dieses Rates?

Wenig effektiv. Aber ich kann damit das Schicksal einzelner Menschen oder Gruppen verbessern. Darum bin ich in diesem Rat noch dabei. Selbst wenn ich

nur wenigen Leuten helfen kann, habe ich kein Recht, aus dem Rat auszutreten. Jeder Mensch zählt.

Vor kurzem gelang es dem Rat zudem, eine Änderung der Steuergesetzgebung, die eine Finanzierung aus dem Ausland für zivilgesellschaftliche Organisationen verunmöglicht hätte, zu verhindern.

Den westlichen Medien wird oft vorgeworfen, dass sie ein zu schwarzes oder einseitiges Bild von Russland zeigen. Was ist ihr Eindruck?

Ich habe diesen Eindruck nicht. Meiner Meinung nach interessiert sich der Westen nicht besonders dafür, was in Tschetschenien passiert, dass bei uns die Gerichte praktisch nicht funktionieren und dass in unserem Land die Beziehung zwischen Staat und Bürgern immer stärker auf der Angst und nicht auf demokratischen Prozessen aufgebaut wird. Aber alle denken, dass Russland ein demokratisches Land ist und Russland sitzt mit den G7 gemeinsam an einem Tisch. Der Westen sollte sich kümmern, bevor es zu spät ist.

Warum werden die Menschenrechte in Russland nicht respektiert?

In Russland gibt es eine sehr alte, erfahrene und mächtige Bürokratie, die bis auf Peter den Großen zurückgeht. Die Zivilgesellschaft existiert dagegen erst seit 15 bis 20 Jahren. Wir stehen einer mächtigen Bürokratie gegenüber, die nach Traditionen und nicht nach Gesetzen handelt. Aber auch wenn sie uns das Leben schwer machen, gänzlich bezwingen können sie uns nicht. Wenn es die Sowjetunion nicht fertig brachte, dann schaffen sie es jetzt erst recht nicht.

Was kann man tun, um dies zu ändern?

Die russische Zivilgesellschaft hat sich in den letzten 15 bis 20 Jahren stürmisch entwickelt. Wenn es vor 30 Jahren in Russland nur eine Menschenrechtsorganisation gab, sind es heute über 2.000. Und nicht alle finanzieren sich aus dem Westen. Viele Menschenrechtler arbeiten unentgeltlich und unter schweren Bedingungen.

Die Schwäche der russischen Zivilgesellschaft liegt aber in der ungenügenden Verknüpfung von Organisationen

unterschiedlicher Ausrichtung. Zum Beispiel fehlen zwischen Menschenrechtsorganisationen und Organisationen, die sich sozialen Problemen annehmen, enge Verbindungen. Dann sollten auch die Beziehungen zwischen der Zivilgesellschaft und den Medien verbessert werden. Unsere Journalisten bedienen vor allem die Regierung und politische Parteien. Und auch die Wirtschaft richtet sich mehr nach dem Staat als nach der Gesellschaft. Es ist klar warum: Sich um die Gesellschaft zu kümmern, ist gefährlich. Chodorkowskij versuchte es – sehen Sie, wo er gelandet ist.

Meiner Meinung nach ist jedes Segment der Zivilgesellschaft in Russland genügend entwickelt, aber die Verknüpfung der einzelnen Teile reicht nicht aus. Daran müssen wir arbeiten, damit wir eine einflussreiche Kraft werden.

Die Schwäche der russischen Zivilgesellschaft liegt in der ungenügenden Verknüpfung der einzelnen Teile.

Woher nehmen Sie die Kraft für ihre Tätigkeit?

Aus meiner Tätigkeit selbst. Ich glaube, dass ich eine für die Menschen nützliche Arbeit verrichte. Oft sprechen mich Menschen auf der Straße an und danken mir für meinen Einsatz. Das ist eine hohe Auszeichnung, höher, als wenn mir der Präsident irgend einen Orden verleihen würde.

Welche Pläne haben Sie noch für die Zukunft?

Im Moment erleben wir eine Beschneidung der politischen Rechte. Und obwohl wir in allen Bereichen der Menschenrechte tätig sind, will sich die MHG darauf konzentrieren, wie in Russland gewählt wird. Die vor den Sommerferien verabschiedeten Gesetze nehmen uns praktisch die Möglichkeiten, die Wahlen auf föderaler Ebene zu überwachen. Aber es gibt noch lokale Wahlen, wo die alten Gesetze gelten. Bisher beschränkten wir uns auf die Dumawahlen und die großen Städte, unsere Kräfte reichten nicht für jede Stadt und jedes Dorf. Aber die Demokratie wächst von unten und auch die Zivilgesellschaft wächst von unten. Darum – ob wir wollen oder nicht – werden wir uns auf lokale Wahlen konzentrieren. Das ist ein langsamer, aber ein sehr vielversprechender Weg, um Zivilgesellschaft und Demokratie zu entwickeln.

Hintergrund

Zur Geschichte der KSZE/OSZE

Gut zehn Jahre nach der Kubakrise, im Zuge der Entspannungspolitik zwischen Ost und West wurde 1973 die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki einberufen. In deren Rahmen unterzeichneten 1975 35 Staaten die Helsinki-Schlussakte, in der die beiden Blöcke drei Kooperationsfelder definierten: Erstens Sicherheit, zweitens Wirtschaft und Technologie sowie drittens Menschenrechte. Die Menschenrechtsartikel boten Dissidenten im Ostblock eine bisher fehlende rechtliche Grundlage und wurden zu einem fruchtbaren Boden für die Menschenrechtsbewegung. Nach Helsinki fanden bis 1989 insgesamt drei Folgekonferenzen in Belgrad, Madrid und Wien statt. In den 90er Jahren wandelte sich die KSZE zur OSZE – von einer regelmäßig stattfindenden internationalen Konferenz zu einer internationalen Organisation mit festen Institutionen mit Hauptsitz in Wien.

Zur Person von Ludmilla Alexejewa

Ludmilla Alexejewa wurde 1927 geboren. Nachdem sie eine Ausbildung als Krankenschwester absolvierte, meldete sie sich im Zweiten Weltkrieg freiwillig zum Frontdienst, wurde aber aus Altersgründen nicht zugelassen. 1950 beendete sie ihr Geschichtsstudium an der Lomonossow-Universität in Moskau und promovierte danach am Moskauer Institut für Wirtschaftsstatistik. 1952 trat Alexejewa der KPdSU bei. 1976 gehörte sie zu den Gründern der Moskauer Helsinki-Gruppe. Ihre Wohnung in Moskau wurde zu einem Treffpunkt der Menschenrechtler. Nach der Verhaftung von Jurij Orlov, Vorsitzender der Moskauer Helsinki-Gruppe, 1977 ging Alexejewa ins amerikanische Exil und wurde die Stimme der MHG im Ausland. 1989 kehrte sie nach Russland zurück, wurde 1996 Vorsitzende der MHG und 1998 Präsidentin der Internationalen Helsinki-Föderation.